

TAGUNGEN

Internationale Arbeiterbildung

Der internationale Verband für Arbeiterbildung (The International Federation of Worker's Educational Associations), der seit zwölf Jahren besteht, führte vom 23. bis 27. August 1959 in Stockholm seine 5. Generalkonferenz durch. Der Verband hat seinen Sitz in London. Er vereinigt die verschiedenen nationalen Arbeiterbildungseinrichtungen, um im gemeinsamen Bemühen Mittel und Wege zu finden, die der ständigen Verbesserung der Arbeiterbildung dienen. Dazu gehören Erfahrungsaustausch, Literatur austausch, Seminare, Gruppenaus-

tausch und die Unterstützung von Arbeiterbildungsorganisationen in Ländern, wo solche in ihrer Entwicklung noch rückständig sind. Hinzu kommt noch, daß die Internationale die Aufgabe hat, die Interessen der Arbeiterbildung bei den zuständigen Gremien der Bildungsorganisation der Vereinten Nationen UNESCO, der internationalen Arbeitsorganisation ILO, dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften IBFG und der Genossenschaftsinternationale zu vertreten. Deutschland ist durch den DGB-Bundesvorstand und den Bundesarbeitskreis „Arbeit und Leben“ innerhalb des Verbandes vertreten.

Die Teilnehmer der 5. Generalkonferenz beschäftigten sich in ihren Diskussionen immer wieder mit der Frage, wie die Einrichtungen

der Arbeiterbildung in einer sich politisch, wirtschaftlich und sozial stark verändernden Umwelt ihrer Bildungsaufgabe gerecht werden können. Im internationalen Verband kommt noch das Problem hinzu, daß Arbeiterbildung einerseits in hochindustrialisierten Ländern und andererseits in den Entwicklungsländern geleistet werden muß. Bedauerlicherweise konnten keine Delegierten aus den Entwicklungsländern an der Tagung teilnehmen, da es ihnen nicht möglich war, die großen finanziellen Belastungen, die mit einer solchen Teilnahme verbunden sind, zu tragen. Trotzdem beschäftigte sich die Konferenz sehr intensiv mit der Frage, in welcher Weise die Internationale den Arbeiterorganisationen der Entwicklungsländer Hilfe und Unterstützungsmöglichkeiten bieten kann. Es ist bezeichnend für die Bedeutung, die man der Arbeiterbildung in den Entwicklungsländern zumißt, daß sowohl der Präsident des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften, A. Geiyer, als auch der Vertreter der Genossenschafts-Internationale und die Vertreter der ILO und der UNESCO sich immer wieder in ihren Ausführungen mit diesen Problemen beschäftigten. Der Präsident des IBFG berichtete über die erfolgreichen Bemühungen seiner Organisation in Indien, Afrika und Lateinamerika, Gewerkschaftsschulen zu errichten. Um zu starken, schlagkräftigen Gewerkschaftsorganisationen in den Entwicklungsländern zu kommen, muß in erster Linie eine große Volksbildungsarbeit geleistet werden. Eine wichtige Rolle spielt dabei die Bekämpfung des Analphabetismus. In mehreren Anträgen wurde der Exekutivrat der Internationale beauftragt, die vielfältigen Unterstützungsmöglichkeiten, die besonders die gut entwickelten europäischen Arbeiterbildungsorganisationen bieten können, den Entwicklungsländern zu eröffnen.

Welche Schwierigkeiten bei der Bewältigung dieser Aufgabe auftreten können, zeigte sich bei den jüngsten Ereignissen im Sudan. Auf Beschluß der 4. Generalkonferenz der Arbeiterbildungs-Internationale hatte man mit Unterstützung der UNESCO im Sudan eine Arbeiterbildungszentrale aufgebaut. Nachdem das Projekt nach Überwindung erheblicher örtlicher Schwierigkeiten verwirklicht war und sich die ersten Arbeitserfolge einstellten, wurde die Regierung gestürzt und die Arbeiterbildungszentrale durch die neue sudanesishe Regierung verboten. In einer einstimmig angenommenen Entschließung protestierten die Delegierten gegen diese Verhaltensweise und forderten die sudanesishe Regierung auf, sofort alle Einschränkungen der Freiheit, welche die sudanesishe Arbeiterbildungszentrale betreffen, aufzuheben.

Der Vertreter der UNESCO wies darauf hin, daß 1960 die 2. Weltkonferenz für Erwachsenenbildung in Kanada stattfinden wird. Wie schon jetzt zu erkennen ist, wird man bei dieser Ge-

legenheit die Gründung einer *Weltorganisation der Erwachsenenbildung* diskutieren. Die Internationale ist der Meinung, daß es sehr schwer sein wird, im Rahmen einer solchen Weltorganisation eine erfolgreiche Arbeit im Sinne einer freien Erwachsenenbildung zu leisten; die Delegierten empfahlen deshalb dem Vorstand, solche Bemühungen nicht zu unterstützen. Wenn jedoch die Weltorganisation geschaffen würde, solle sie nicht unter der Leitung der UNESCO stehen, sondern ein freiwilliger Zusammenschluß sein. Ein anderer Antrag beschäftigte sich mit dem etwas mangelhaften UNESCO-Programm für Arbeiterstudienreisen. Der Antrag fordert alle Mitgliedsorganisationen auf, sich bei der Vorbereitung und Durchführung solcher Arbeiterstudienreisen gegenseitig besser zu unterstützen, damit im größeren Umfang als bisher Arbeiter die Möglichkeit bekommen, im Ausland Studien zu betreiben. Kritisiert wurde, daß die Arbeiterbewegung der ganzen Welt zu wenig Einfluß auf die Politik der UNESCO habe. Den Delegierten wurde empfohlen, dafür zu sorgen, daß Vertreter der Arbeiterschaft in stärkerem Maße als bisher in die nationalen UNESCO-Organisationen aufgenommen werden, damit sie wenigstens ihren beratenden Einfluß geltend machen können.

Zum ersten Male beschäftigte sich eine Konferenz der Arbeiterbildungs-Internationale unter einem besonderen Tagungsordnungspunkt mit den Problemen der *Arbeiterjugendbildung*. Grundlage für die Diskussion war eine Erhebung, die F. Senghofer vom österreichischen Gewerkschaftsbund bei allen Mitgliedsorganisationen der Internationale vorgenommen hatte. Die Delegierten waren übereinstimmend der Meinung, daß der Jugendbildung künftig eine größere Aufmerksamkeit seitens der Internationale geschenkt werden müsse. Das Exekutivkomitee wurde beauftragt, in dieser Frage mit den internationalen Arbeiterjugendorganisationen in Verbindung zu treten und über dieses Problem ein besonderes Seminar durchzuführen.

Der bisherige Präsident Dr. E. Green, der die Internationale über zehn Jahre hervorragend führte, trat aus Altersgründen zurück. An seine Stelle wurde auf einstimmigen Vorschlag S. A. Stahre von ABF Schweden gewählt. Er hat auf dem Gebiet der internationalen Erwachsenenbildungsarbeit große Erfahrung; alle Delegierten waren davon überzeugt, daß in seiner Person ein würdiger Nachfolger von Dr. E. Green gefunden wurde. Als Sekretär wurde H. Nutt von WEA England in seinem Amt bestätigt. In den Vorstand wurde zum ersten Male ein deutscher Vertreter in der Person von Bernhard Tacke gewählt.

Stockholm war für die 5. Generalkonferenz der Internationale ein idealer Tagungsort. Die Erwachsenenbildung der Arbeiterbewegung verfügt hier ebenso wie in den anderen skandina-

vischen Ländern über eine große Tradition und kann auf eine jahrzehntelange erfolgreiche Arbeit zurückblicken. Bezeichnend für das Ansehen, das die Arbeiterbildung in Schweden genießt, ist, daß der schwedische Ministerpräsident *Tage Erlander* persönlich zur Begrüßung des Kongresses erschienen war.

Roland Petry

„Rencontres Internationales“ in Genf

Die jährlich Anfang Herbst in Genf stattfindenden „Internationalen Begegnungen“ beanspruchen einen besonderen Platz in der langen Reihe internationaler Treffen, denn die Genfer Veranstaltung ist in jeder Hinsicht offen für alle Tendenzen: weltanschaulich, politisch und geographisch. Von den kantonalen und kommunalen Behörden finanziert und von der UNESCO unterstützt, sind die „Rencontres“ an keinerlei Apriori-Bekanntnis gebunden. Ihre Aufgabe besteht auch nicht darin, mit Resolutionen aufzuwarten, sondern ganz einfach in der Förderung des freien Gedankenaustausches. Ihre Arbeitsweise besteht in öffentlichen Vorträgen, denen jeweils am nachfolgenden Tag ebenfalls öffentliche Aussprachen folgen, an denen außer den Referenten die geladenen Gäste teilnehmen. Es liegt in der Natur dieser Veranstaltung, daß deren „Ergebnisse“ so widersprüchlich sind, wie die Persönlichkeiten, deren Auffassungen aufeinanderstießen. Dafür wirken die „Rencontres“ als eine Art Pegel intellektueller Flut oder Ebbe.

Dieses Jahr stand das Thema *Die Arbeit und der Mensch* zur Debatte, das die Gewerkschaftsbewegung in besonders hohem Maße interessiert. Im folgenden soll deshalb versucht werden, jene Gesichtspunkte zusammenzutragen, die in direkter Beziehung zur Gewerkschaftsarbeit stehen. Es mag als Mangel empfunden werden, daß keiner der Hauptreferenten als wirklicher Gewerkschaftsvertreter bezeichnet werden kann. Zwar ist der französische Sozialist *Georges Lefranc* aus der Gewerkschaftsbewegung hervorgegangen, aber er hat als Historiker gesprochen und *Jules Moch* als Politiker.

G. Lefranc stellte die Bewertung der Arbeit im Verlauf der Geschichte dar. Die Reformation erhob die bis dahin verpönte Arbeit zu einer ethisch-religiösen Pflicht. Durch die Arbeit konnte sich der Mensch von seiner angeborenen Sündhaftigkeit befreien. Die Arbeiterbewegung proklamierte dann die Befreiung der Arbeit von dem auf ihr lastenden Fluch in einer zu errichtenden Gesellschaft, welche die Entfremdung des Arbeiters von seinem Produkt beseitigt und damit die Ganzheit des produzierenden Menschen wieder herstellt. Doch *Lefranc* bekannte, daß diese Vision weder im Westen durch Nationalisierungen noch im Osten durch die „Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln“ in Erfüllung ge-

gangen sei. Die Hoffnung des Arbeiters auf Befreiung verschiebe sich deshalb in die Freizeit.

Der sowjetische Philosophieprofessor *Juri Frantsew* vertrat die aus jeder Propagandabroschüre gut bekannte These, wonach die Arbeit in »der UdSSR zu einem schöpferischen Akt der Millionen Werktätigen geworden ist. In der Arbeit entwickle sich die Initiative der Menschen, die zu den Organisatoren des Arbeitsprozesses werden. Jeder sehe die Früchte seiner Anstrengungen und begreife deshalb deren Sinn. Dadurch sei die Arbeit von hohem moralischem Gehalt erfüllt.

Da *Frantsew* jeder Erörterung wirklicher Probleme (Technisierung und Individuum, Planwirtschaft und Einzelinitiative, Flucht vor körperlicher Arbeit ins Studium usw.) aus dem Wege ging, fehlte die Grundlage für ein ernsthaftes Gespräch. Es scheint, daß die Sozialwissenschaften in der Sowjetunion hinter der Raketentechnik um einige Längen zurückbleiben.

Mit einer Debatte über *Die Probleme der Arbeit im schwarzen Afrika*, die von Mitarbeitern der Internationalen Arbeitsorganisation bestritten wurde, unterstrichen die „Rencontres“ ihre Weltoffenheit. Da der Afrikaner an kollektives Eigentum und kollektives Arbeiten gewöhnt ist, fühlt er sich in einem Unternehmen europäischer Struktur verloren. Zudem betrachtet er die Lohnarbeit als vorübergehendes Übel, nach dessen Überwindung er möglichst schnell in die kollektive Wirtschaft seiner Sippe zurückkehrt. Die Einbeziehung der afrikanischen Bevölkerung in die industrielle Produktion ist heute aber unvermeidlich. Um ihr den Übergang zu erleichtern, halten afrikanische Kreise eine eigenständige Wirtschaftsform, die sie als „afrikanischen Sozialismus“ bezeichnen, für notwendig: die traditionellen kollektiven Eigentumsformen in die moderne Industriegesellschaft überführen, wobei offenbar in erster Linie an Produktionsgenossenschaften gedacht wird.

Der Präsident der französischen Eisenbahnverwaltung, der Ingenieur *Louis Armand*, versuchte, einen Blick in die Zukunft der hochentwickelten Industriegesellschaft zu tun. Die Technik, deren Entwicklung nicht gebremst werden kann, erzwingt rasche Veränderungen in der Produktion, im Konsum und im sozialen Gefüge der Gesellschaft. Die Verdrängung zahlreicher handwerklicher Berufe durch Maschinen wird auf der anderen Seite die Entstehung eines neuen Handwerks nötig machen: der Reparatuer werde zur zentralen Figur der Industriegesellschaft von Morgen werden. — Um der unvermeidlichen Monotonie gewisser Arbeitsvorgänge entfliehen zu können, wäre es nötig, zu einem System überzugehen, das es dem Arbeiter ermöglicht, je Tag zwei verschiedene Berufe auszuüben. — Aus der gleichen Überlegung heraus empfiehlt *Armand*, daß sich die Lohnverdiener darauf einstellen sollten, im

Verlaufe des Lebens den Beruf zu wechseln. Zudem erleichtert größte berufliche Beweglichkeit die rasche Anpassung an Veränderungen in der Produktion.

Die Konfrontation „Sozialismus — Kapitalismus“, die von *Adolf A. Berle*, einem ehemaligen engen Mitarbeiter Roosevelts, und von *Jules Moch* vollzogen wurde, ergab einige Feststellungen, mit denen sich die Arbeiterbewegung auseinandersetzen muß. Berle belegte die Behauptung, daß die USA zu einem Land der Mittelklassen werde. Während die Zahl der Firmen, die sich im Besitz von Einzelpersonen befinden, verschwindend gering ist, hat sich die Anzahl der Aktionäre in den letzten sieben Jahren verdoppelt. Bald seien drei Viertel aller amerikanischen Familien durch Aktienbesitz an den Gewinnen der Wirtschaft beteiligt. Auch wenn man einwendet, daß die großen Vermögen in wenigen Händen konzentriert sind, büßt die geschilderte Tendenz ihre soziale und politische Bedeutung keineswegs ein. Als Kapitalinvestoren treten mehr und mehr Versicherungskassen und andere soziale Institutionen in den Vordergrund, während die Unternehmungen ihrerseits in der Regel die Hälfte ihrer Gewinne im eigenen Betrieb reinvestieren.

Jules Moch anerkannte, daß die von Marx prophezeite totale Proletarisierung der Massen seit einiger Zeit nicht mehr weiterschreitet; daß sich das Realeinkommen in den USA trotz Arbeitszeitverkürzung bedeutend erhöht hat. Andererseits hat sich aber auch das Verhältnis des Kapitalismus zum Staat gewandelt, werden doch dessen Interventionen im Bereiche der Wirtschaft heute weitgehend als unvermeidlich anerkannt. Aber *Jules Moch* hält dem Kapitalismus entgegen, daß er das Problem der Vollbeschäftigung noch nicht gelöst hat. Der Sozialismus wende sich gegen die Ausbeutung, die arbeitsloses Einkommen ermöglicht. Er befürworte die Planung der Wirtschaft zur Befriedigung der Bedürfnisse des Volkes, ohne die Freiheit einzuschränken.

Von einer ganz anderen, neuen Seite packt der 35jährige *Danilo Dolci* die Probleme der Armut und der Arbeit an. Er ist vor sieben Jahren als Architekt nach Sizilien gekommen und ist heute als sozialer Reformator in der ganzen Welt bekannt. Unter größten persönlichen Opfern (Hungerstreiks, Gefängnis, Armut, Anfeindungen) hat Dolci einige Zentren errichtet, die der Bevölkerung praktisch zeigen, wie sie sich unter besserer Ausnützung der vorhandenen Hilfsmittel und Menschen aus der Armut herausarbeiten kann. Dolci predigt keine neue Soziallehre, sondern sucht, nach eingehendem Studium der konkreten Probleme, nach praktischen Lösungen. Seine Haltung umschreibt er mit folgenden Worten: Ablehnung jeder Gewaltanwendung, der Lüge, des Opportunismus, des Fanatismus, des Dogmatismus und der Verschwendung. Dolci paßt in keinen Parteirahmen hinein; er arbeitet mit dem Ver-

trauen der Menschen, unter denen er als Lehrer, Ratgeber und Freund lebt.

An den „Rencontres“ wurde *Danilo Dolci* etwas überschwänglich als *Abbe Pierre*, *Albert Schweitzer* und *Gandhi Italiens* vorgestellt — Superlative, die schlecht zur bezwingenden Einfachheit und Bescheidenheit des Gefeierten passen. Doch besteht kein Zweifel, daß das Werk Dolcis, auch wenn es von den Lehrstühlen für Sozialwissenschaften noch nicht zur Kenntnis genommen wurde, etwas Neues ist. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Methoden Dolcis dem Empfinden der jungen Generationen besser entsprechen als das Arsenal sozialpolitischer Rezepte, die aus der Zeit der Dampfmaschine stammen.¹⁾

Der Schweizer *Alexander von Muralt* schilderte die Bedingungen der wissenschaftlichen Arbeit in der zeitgenössischen Gesellschaft von einem hohen sittlichen und menschlich sympathischen Standpunkt aus. Leidenschaftlich wandte er sich gegen den Mißbrauch der Wissenschaft für Zwecke der Vernichtung. Im heutigen wissenschaftlichen Massenbetrieb (Laboratorien werden zu Fabriken, Forscher zu Arbeitern usw.) sieht er vorwiegend negative Tendenzen, denen doch vielleicht auch positive Anzeichen (wie z. B. das Eindringen wissenschaftlichen Denkens in viel breitere Schichten) gegenüberstehen.

Niemand wird von den „Rencontres“ erwarten, daß sie das ewige Problem des Verhältnisses des Menschen zur Arbeit einer plötzlichen Lösung entgegengeführt haben. Aber es ist ihnen sicher gelungen, einige neue Gesichtspunkte herauszustellen, welche die sozialpolitische Diskussion bereichern.

Bruno Kuster (Genf)

¹⁾ *Danilo Dolci*, Buch „Umfrage in Palermo“ ist soeben in deutscher Übertragung, mit einem Nachwort von *Walter Dirks*, im *Walter-Verlag* (Olten und Freiburg i. Br.) erschienen; wir werden auf diese bedeutende Publikation zurückkommen. Die Red.

Verantwortung für unsere Mischlingskinder

Der *Hauptausschuß der Arbeiterwohlfahrt* lud für den 20. August 1959 zu einer Konferenz ein mit dem Thema „Verantwortung für unsere Mischlingskinder“. Der akute Anlaß war die bevorstehende Schulentlassung von 1500 Mischlingskindern am Ende dieses Schuljahres. Schon ein oberflächliches Überdenken der sich möglicherweise diesen Kindern entgegenstemmenden Schwierigkeiten läßt erahnen, wie schwer es ihnen sein wird, als gleichberechtigt anerkannt, nicht nur geduldet, sondern wie jeder andere respektiert, als dazugehörig bestätigt zu werden.

Um einen fundierten Überblick über den wirklichen Zustand zu erhalten, hat das Psychologische Institut der Universität Hamburg unter Prof. *Bondy* eine repräsentative Unter-

suchung, in die rund 200 andersfarbige Kinder einbezogen wurden, durchgeführt. Schon die jetzt vorgelegten Teilergebnisse sind bedeutungsvoll, teils überraschend, teils besorgniserregend. Mitwissenschaftlicher Akribie wurde vornehmlich die sozialpädagogische Situation der andersfarbigen Kinder untersucht, zugleich aber wurde gefragt, ob bzw. in welcher Weise sie sich von einer in vergleichbarer Lebenssituation stehenden Kontrollgruppe weißer Kinder unterscheiden. Die andersfarbigen Kinder unterscheiden sich von der Kontrollgruppe überhaupt nicht! Weder ihre Intelligenz noch ihre körperliche Entfaltung ist anders oder folgt anderen Gesetzmäßigkeiten. Diese Feststellung sollte sich einprägen! Man hörte dann aber auch, daß die Kinder sogar von ihren Lehrern falsch beurteilt würden, die ihnen keine überdurchschnittlichen Leistungen zutrauten, so daß nicht einmal 2 vH auf eine weiterführende Schule gelangten.

Man wird einwenden, die Zahl der andersfarbigen Kinder sei so klein, daß es übertrieben sei, um sie größeres Aufleben zu machen. Aber es ist doch wohl mehr, was uns in dieser kleinen Gruppe begegnet. An ihr kann sich erweisen, ob sich unsere Einstellung zu anderen Rassen, zu anderen Nationalitäten schlechthin geändert, ob sich eine Akzentverschiebung zur *Toleranz* herausgebildet hat. Diese Kinder werden neben unseren anderen Kindern auf der Schulbank sitzen, an der Werkbank stehen und im Büro sein. Sie werden nicht nur untergeordnete Arbeiten verrichten, sondern Werkmeister und Vorgesetzte werden und sie werden persönlichste Beziehungen zu den Jugendlichen des jeweils anderen Geschlechts bekommen. Aber: eine Mauer der Aversion ist um diese Kinder errichtet, nicht von den Gleichaltrigen, sondern von den Älteren. Da wurden wie Hohn anmutende Äußerungen und Ansinnen bekannt, und selbst aufgeschlossene Personen in einflußreichen Positionen lehnten es ab, einen andersfarbigen Lehrling aufzunehmen, wobei sie sich darauf beriefen, daß es ihre Belegschaft nicht dulden würde. Abneigung, Aversion überall. Bei der kleinen Zahl ist es möglich, sie in die Obhut der Ausnahmen von dieser Regel zu geben. Sie werden wahrscheinlich dauerhafte Hilfe bekommen, der Sorge um den einzelnen also sind wir ledig. Noch immer aber drängt sich die Vermutung auf, daß das, was hier den andersfarbigen Kindern geschieht, auch unseren Minderheiten in unserer Bevölkerung geschehen kann. Wir sind noch nicht frei von Verganem. Was uns von der Vergangenheit trennt, sind keine grundsätzlichen, sind nur graduelle Unterschiede.

Das eng umrissene Problem der andersfarbigen Kinder führt zu allgemeinen Überlegungen. Sie wurden auch in der Diskussion laut. In seltener Kumulation verstärkt sich bei dieser Gruppe eine Fülle sonst nur einzeln anzu-

treffender Momente. In ihrer Hautfarbe wird jedem deutlich, daß ihre Väter einer anderen Rasse und einer anderen Nationalität angehören. Zwei Momente, die jedes für sich allein schwer genug sein können. Kommt hinzu, daß die Mehrzahl der Mütter anderen Moralbegriffen folgen oder gefolgt sind, als sie für die Mehrzahl verbindlich sind — und endlich bekommen sie die noch immer wirksame Abneigung gegen uneheliche Kinder zu spüren, zu denen die große Zahl von ihnen gehört. Am wenigsten tragisch mag noch das nationale Vorurteil genommen werden, immerhin lassen sich in steigendem Maße Arbeiter und Volontäre aus anderen Ländern — auch aus anderen Rassen — in der Industrie unterbringen, so daß es scheinen will, es bestünden in dieser Hinsicht keine Hemmnisse mehr. Es ist auch richtig, daß die Zahl der Eheschließungen mit anderen Nationen zunimmt, aber die einen sind Gäste und werden als solche behandelt, und die anderen haben unter Wahrung konventioneller Begriffe ihre Partnerwahl getroffen. Aber auch aus der Gruppe der letztgenannten sind die nicht frei von Diffamierungen, die es an Rücksicht auf die Konvention haben fehlen lassen. Anders ist es bei den Mischlingskindern. Die Väter waren Angehörige der Besatzungsmacht, und dieses Phänomen Besatzung hat eine Allergie hinterlassen. Der für die ganze Gruppe geprägte Ausdruck *Besatzungskinder* macht das sehr deutlich. Einer solchen Verkettung rassistischer, nationaler, moralischer und anderer emotionaler Faktoren ist der Normalbürger einfach nicht gewachsen. Bei allem guten Willen wird es sich nicht vermeiden lassen — und darauf wurde sehr deutlich hingewiesen —, daß diese Kinder ein Minderheitenschicksal ertragen müssen. Aber wir sollten das unsrige tun, damit sie es ertragen können.

Kann es helfen, wenn Veranstaltungen dieser Art um Hilfe für die Kinder werben? Herr Dr. *Eyferth*, der Interpret jener Enquete des Hamburger Instituts, wies nachdrücklich auf die Gefahren hin, denn die Betonung der Besonderheit würde leicht eine Ghettosituation schaffen können, würde deshalb mehr Schaden als Nutzen bringen. Aus genau dem gleichen Grunde ist der laut gewordene Wunsch, sie sollten gar nicht beachtet, sondern als voll dazugehörig behandelt werden, einfach Utopie. Um das zu können, muß man sie erst beachten, und das geschieht ja an sich zwangsläufig, denn unter mehreren hundert weißen Kindern fällt ein andersfarbiges natürlich auf. Es gibt nur zwei Wege, den Kindern wirksam zu helfen. Beide wurden erwähnt, beide sind gleichermaßen schwierig. Es konnte nicht wundernehmen, daß der eine, dessen Wegziel es ist, *die Allgemeinheit zur Toleranz zu erziehen*, wodurch eben auch jenen Kindern geholfen würde, weit im Vordergrund stand; während doch der andere, *die Kinder vorzubereiten* auf das, was

sie erwartet, sie immun zu machen gegen die ideelle Asylisierung, sie also instand zu setzen, den Schwierigkeiten zu begegnen, die ihrer harrten, kurz: sie gefeit ins eigenständige Leben zu entlassen, der aussichtsreichere zu sein scheint.

Da wurde von einem ausländischen Journalisten gefragt, ob man sich in Deutschland auch einmal Gedanken darüber gemacht habe, was denn Toleranz eigentlich sei. Toleranz wurde das Stichwort. Nun zuckte in der Versammlung der Gedanke auf, daß doch auch in anderen Ländern, möglicherweise sogar in dem des Fragestellers, ähnliche Probleme bestünden, die keineswegs besser gelöst seien, und daß sich daraus die Berechtigung herleiten ließe, dortselbst die gleiche Frage zu wiederholen. Die Diskussion wurde, wie in so affektgeladener Stimmung nicht anders zu erwarten, grund- und für das Thema fruchtlos. Aber geschickt und behutsam zugleich wurde von der Gastgeberin Frau *Lotte Lemke* und Herrn Dr. Eyferth die Erörterung auf eine für die jetzt schulentlassenen Jugendlichen nützliche Ebene zurückgeführt, nicht ohne dabei deutlich zu machen, daß die Schwierigkeiten in anderen Ländern wohl gesehen, aber nicht als Rechtfertigung für das eigene Versagen gebraucht werden könnten. Das war anerkennenswert klar. Wir werden immer nur dann den Minderheiten in unserer Bevölkerung gerecht, wenn wir nach eigenen und adäquaten Lösungen streben. Es gibt wie allerorts auch hierbei keine universale Therapie.

Nun ging es nunmehr um die Erörterung der praktischen Hilfen, um die individuellen Maß-

nahmen, mit denen man den Jugendlichen bestehen könnte. Die Praktiker hatten das Wort und forderten die Organisation der Hilfen. Und dann meldeten sich die Stimmen, die sich von der kleinen Zahl solcher Jugendlichen leiten ließen. Es könne doch nicht schwierig sein, diese bei der heutigen Arbeitsmarktsituation unterzubringen, und tatsächlich gibt es auch genügend Arbeitsstellen für sie. Aber darum ging es doch letztlich nicht mehr. Sie sollen nicht als Attraktion in einem Hotel angestellt sein, um später, wenn sie älter geworden sind, nur zweifelhafte Berufsaussichten zu haben. Sie sollen, wie alle anderen, Bewährungs- und Aufstiegschancen haben. Das aber wird nur möglich sein, wenn die ihnen immer wieder begegnenden Vorurteile beseitigt werden. Sei es durch sie selbst, indem sie den Beweis erbringen, daß sie ebenbürtig sind, sei es durch die Steigerung der allgemeinen Toleranz.

Daß die andersfarbigen Kinder uns solche Überlegungen aufdrängen, ist symptomatisch. Es wäre gut, wenn sie uns immer wieder daran erinnerten, daß Kollektivurteile falsch sein müssen und verderblich sein können. Wenn sie uns mahnten, unsere Mitbürger als Person, als eigenständige, selbständige Person zu werten und sie nicht entgelten zu lassen, was ihnen schicksalhaft aufgebürdet sein mag. Belassen wir es aber bei der jetzigen Einstellung gegenüber den andersfarbigen Kindern, so begehen wir Sippenhaftung in nur leicht gemilderter Form.

Dr. Manfred Franke